

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 174-2017
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2017.RRGR.500

Eingereicht am: 23.08.2017

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 9

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 07.09.2017

RRB-Nr.: vom
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Medienvielfalt im Kanton Bern und demokratische Medienöffentlichkeit in den Regionen und in der Hauptstadtregion sicherstellen

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. beim Medienunternehmen Tamedia zu intervenieren, um vom grössten und finanzkräftigsten Schweizer Verleger die Aufrechterhaltung der Medienvielfalt durch die Weiterführung von mindestens zwei voneinander publizistisch unabhängigen Tageszeitungen im Kanton Bern einzufordern
2. aufzuzeigen, mit welchen Instrumenten der indirekten und der direkten Medienförderung der Kanton Bern die publizistische Medienvielfalt in den Regionen des Kantons Bern sicherstellen kann
3. insbesondere die direkte Förderung von Online-Medien zu untersuchen, da die verfassungsrechtliche Grundlage dazu vorhanden wäre (Art. 93 BV)
4. aufzuzeigen, was der nötige Finanzierungsbedarf, mögliche Finanzierungsquellen und der gesetzliche Anpassungsbedarf dafür wären
5. das Freiburger Modell für von Tamedia unabhängige Medien im Kanton Bern zu prüfen, bei dem die Freiburger Kantonalbank (FKB) und die «Groupe E» bei der Zeitung «La Liberté» – unter Wahrung der Redaktionsfreiheit – ein Drittel der Aktien erworben und sich zu einem langfristigen Engagement verpflichtet haben

Begründung:

Unabhängige publizistische Medien sind zentrale Voraussetzung einer modernen Demokratie. Dies gilt in der föderal strukturierten, mehrsprachigen Schweiz mit ihrer direkten Demokratie auch auf kantonaler und kommunaler Ebene insbesondere auch für die Regionen. Unabhängige Medien ermöglichen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger sachgerecht über die Lage der Welt, aber auch ihrer Region informieren, Meinungen bilden, Debatten führen und schliesslich Entscheidungen treffen. Damit die Medien ihrer Rolle gerecht werden können, braucht es gute Rahmenbedingungen für die Medienvielfalt und Medienqualität.

Aufgrund des digitalen Wandels und mit dem Aufkommen von kommerziellen Plattformen und Gratisangeboten geraten die traditionellen Geschäftsmodelle der Printmedien (Abonnemente und Werbung) unter Druck. Auch die regionalen privaten audiovisuellen Service-public-Sender sind in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Ohne gezielte Medienförderung droht deshalb die Medienlandschaft in der Hauptstadtregion und im Kanton Bern immer stärker auszutrocknen. Ähnliches belegen die kürzlich erfolgte Einstellung des Westschweizer Magazins «L'Hebdo» und der Abbau bei «Le Temps». Auch bei den Berner Tageszeitungen «Der Bund» und «Berner Zeitung» wird ein Abbau befürchtet.

Die Berner Politik darf nicht akzeptieren, dass die publizistische Vielfalt im Kanton Bern eingeschränkt wird. In anderen Ländern wie Dänemark, Finnland oder Norwegen werden heute Online- und Printmedien in Minderheitensprachen oder in ländlichen Räumen finanziell unterstützt. Neben der Produktions- und Betriebsförderung wird auch in Innovation und Wandel investiert. Staatliche Beihilfen sind dabei an klare Voraussetzungen – Schwerpunkt Information und journalistische Qualität – geknüpft.

Eine Evaluation des Bundes zeigt, dass die indirekten Fördermassnahmen für bestimmte Lokal- und Regionalzeitungen – wie der reduzierte Mehrwertsteuersatz für Druckerzeugnisse oder die verbilligte Postzustellung – die Verlagshäuser zwar entlasten, dass aber keine direkte Wirkung hinsichtlich des politischen Ziels der publizistischen Vielfalt ersichtlich ist. Alternative Förderansätze und Erfahrungen anderer Länder mit der staatlichen Medienförderung finden sich 2013 in einem vom Bakom in Auftrag gegebenen Bericht «Monitoring-Report 'Medienförderung'» (<https://www.bakom.admin.ch/bakom/de/home/elektronische-medien/zahlen-und-fakten/studien/einzelstudien.html>).

Begründung der Dringlichkeit: Gemäss verfügbaren Informationen gibt es im Hause «Tages-Anzeiger» ab 2018 eine grosse Veränderung. Zentrale Redaktionen sollen die Inhalte für fast alle Titel erstellen. Die Zeitungen verlieren damit an Eigenständigkeit. Dies würde den Kanton Bern besonders treffen: Während der «Bund» und der «Tages-Anzeiger» seit Jahren einen gemeinsamen Mantel herstellen, beliefert die «Berner Zeitung» im eigenen Konzern das Thuner Tagblatt, die drei Zürcher Landzeitungen, extern auch die «Freiburger Nachrichten» und das «Bieler Tagblatt». In diesem Szenario hätte der zweisprachige Kanton Bern mit einer Million Einwohnerinnen und Einwohnern sowie als Hauptstadtregion einen einschneidenden Verlust in der Medienvielfalt zu verkraften. Das würde bedeuten, dass praktisch überall dieselben Texte in den Bereichen Ausland, Wirtschaft, Kultur und Sport zu lesen wären. Eine vielfältige Information der Berner Bevölkerung über lokal wichtige, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen würde unter diesen Umständen beschränkt.

Verteiler

- Grosser Rat